

17.49

**Abgeordneter MM Mag. Dr. Axel Kassegger (FPÖ):** Herr Präsident! Herr Bundesminister! Ich spreche zum Thema IFI-Beitragsgesetz, also zu Tagesordnungspunkt 5, und möchte da einige grundlegende Dinge vorausschicken. Worum geht es da inhaltlich? – Es geht um Fördergelder, Entwicklungshilfe, Förderungen unterschiedlichster Organisationen, unter anderem der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA, des Afrikanischen Entwicklungsfonds ADF und der Global Environment Facility GEF. Gegenstand des Gesetzes ist es, diese Entwicklungshilfegelder deutlich zu erhöhen.

Eines vorweg: Da geht es natürlich – das darf man nie vergessen – um Steuergelder, es geht um Steuergelder, die den Bürgern vorher weggenommen werden müssen, damit man sie verteilen kann. Das ist eine Frage der Solidarität innerhalb des Staates. Man nimmt den Bürgern vorher das Geld weg, um eine Solidargemeinschaft zu schaffen. Diese Solidargemeinschaft verursacht natürlich auch Kosten, diese Gelder werden dann entsprechend ausgegeben.

Das Entscheidende in diesem Fall ist die Frage der Intensität des Wegnehmens auf der einen Seite und die Frage, wofür das, was weggenommen wurde, dann ausgegeben wird. Das unterscheidet politische Parteien im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie. Da gibt es unterschiedliche Zugänge, das ist auch gut so. Wir haben da auch einen Zugang, den ich jetzt hier noch erläutern möchte.

Es geht meines Erachtens bei dieser Frage immer um drei Dinge oder mindestens drei Dinge: Das ist die Frage der Solidarität, die Frage der Effektivität und Effizienz und bis zu einem gewissen Grad die Frage der Reziprozität.

Was meine ich mit der Frage der Solidarität? – Es ist dem Grunde nach gut, auch Entwicklungshilfe zu leisten, also das steht außer Streit, es ist aber aus unserer Sicht – wie gesagt, wir sind ja auch Anwalt der Steuerzahler – schon eine entsprechende Solidarität bei den Geberländern zu beurteilen und auch einzufordern, insbesondere den europäischen Ländern. Ich habe im Finanzausschuss gefragt; da gibt es sehr wohl Länder, die überhaupt nichts leisten, zum Beispiel Griechenland, Irland et cetera, und Länder, die in Relation sehr wenig leisten, wie etwa die osteuropäischen Länder. Das heißt, diese ganzen Zahlungen sollten in einer Relation zu vergleichbaren Ländern stehen.

Der zweite Punkt ist die Effektivität und Effizienz. Es ist natürlich wichtig – auch wieder als Anwalt der Steuerzahler sozusagen –, die Verwendung der Gelder zu beachten.

Diese sollten möglichst effizient und effektiv eingesetzt werden. Wenn ich mir diese Berichte anschau und durchlese, dann überzeugt mich das nicht unbedingt. Da sind seitenlang irgendwelche Tabellen mit grünen, gelben und roten Lamperln sozusagen. Also da bin ich jetzt nicht wirklich überzeugt. Wie gesagt, der zweite Punkt, Effektivität und Effizienz, ist ja auch eine wesentliche Frage.

Für uns Freiheitliche ist die Wechselseitigkeit, die Reziprozität sehr wohl auch eine Frage. Wenn schon Migrationsströme oder -bewegungen mit derartigen Maßnahmen hintangehalten werden sollen, wobei ich da sehr vorsichtig wäre, was die Ursache-Wirkung-Zusammenhänge im Sinne einer Kausalität betrifft, aber wenn dem so ist, wenn man das so stehen lässt, dann muss es doch legitim sein, auch mit Ländern, die Nutznießer oder Empfänger solcher Leistungen sind, darüber zu reden, inwieweit es Rückführungsabkommen et cetera gibt. Da habe ich den Eindruck, das ist ein Themenbereich, über den man nicht gern spricht, das wird auf die Seite geschoben. Das wäre aus meiner Sicht auch in dieses Gesamtpaket miteinzubeziehen.

Worum geht es hier konkret? – Wir leisten bisher bereits 380 Millionen € an Zahlungen. Dieser Beitrag soll jetzt aus den dargelegten Gründen auf 540 Millionen € erhöht werden. Erinnern wir uns: Vor einer halben Stunde haben wir die Millionen für unsere Not leidenden Wein- und Obstbauern gesucht; Kollege Rauch hat gesagt, 50 Millionen € sind schön. Gott sei Dank ist dieser Beschluss auch zustande gekommen, es hat ja lange nicht danach ausgesehen; aber es geht da um die Dimensionen und Relationen. Wir sind auch so weit, dass wir sagen, wir stimmen jetzt nicht zu, uns sind diese 160 Millionen € Erhöhung zu viel.

Wir sind der Meinung, dass angesichts der drei Beurteilungskriterien, die ich vorhin angeführt habe, diese 380 Millionen €, die wir ohnehin schon leisten, ein durchaus ausreichender Beitrag der Republik Österreich in diesem Zusammenhang sind. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

17.55

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Obernosterer. – Bitte.